

DPG-Rundbrief – Dezember I 2020

Eine neue USA-Politik für Palästina?

In einem palästinensischen Sprichwort heißt es: „Der Senf ist der Bruder des Essigs“ und will heißen, am Ende merkt man den Unterschied gar nicht. Auf Palästina bezogen hat die Erfahrung gezeigt, dass weder die amerikanische, noch die israelische Politik gegenüber Palästina von dem jeweiligen regierenden Chef abhängt. Der noch regierende **US-Präsident Donald Trump** hat sämtliche Gepflogenheiten der Außenpolitik sträflich vernachlässigt und bewusst aufs Spiel gesetzt. Es überraschte nicht, dass er in den vier Jahren seiner Präsidentschaft stets seinem korrupten und wie er selbst von der Strafverfolgung bedrohten israelischen Freund **Benjamin Netanjahu** zu jeder Wahl auf Kosten der PalästinenserInnen ein Geschenk nach dem anderen machte. Die Ära von Donald Trump steht bevor, obwohl er sich vehement weigert, den Sieg von **Joe Biden** anzuerkennen. Wird und kann Joe Biden die Nahostpolitik von Donald Trump revidieren? Welche Entscheidungen seines Vorgängers wird Biden zur Disposition stellen?



06.12.2017 Die USA erkennt Jerusalem als Hauptstadt Israels.

14.05.2018 Zur Feier israelischen Unabhängigkeitserklärung verlegen die USA ihre Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem.

02.08.2018 Die USA-Administration stoppt die finanzielle Hilfe an die Palästinensische Autonomiebehörde.

03.08.2008 Die USA ziehen sich aus ihrer Verpflichtung zur Zahlung von Hilfeleistungen für die UNRWA.

10.09.2018 Präsident Trump ordnet die Schließung der Vertretung der PLO in Washington.

25.03.2019 Amerika erkennt die Souveränität Israels über die völkerrechtswidrig besetzten syrischen Golanhöhen.

18.11.2019 Die USA erklären die israelischen „Siedlungen“ für legal und bestimmen einseitig, dass diese Kolonien nicht gegen das Völkerrecht verstoßen.

28.01.2020 Trump stellt seinen lange erwarteten so genannten „Deal des Jahrhunderts“ vor. Dabei gehen die USA vor allem auf Israels Wünsche ein.

15.09.2020 Auf Betreiben von Trump nehmen die Vereinten Arabischen Staaten diplomatische Beziehungen zu Israel und verfolgen eine „vollständige Normalisierung“ Dieser „Normalisierung“ werden weitere Golfstaaten, der Sudan und möglicherweise auch Marokko beitreten.



Von Trump ermutigt und den USA unterstützt kündigt der israelische Premierminister Netanjahu die Annexion von einem Drittel des Westjordanlandes an. Die Europäische Union und die Vereinten Nationen verurteilen die Annexionspläne.

Obwohl es zurzeit keine konkreten Pläne und Aussagen darüber gibt, muss berücksichtigt werden, dass die amerikanische Grundhaltung, ob von den Republikanern oder von den Demokraten geführt, eine durch und durch proisraelische ist und bleiben wird. Der Druck der Angelikalen ist größer geworden als je zuvor und muss von der neuen US-Regierung beachtet werden. Demzufolge wird es eher kleinere Korrekturen als grundlegende Paradigmenwechsel in der USA-Nahost-Politik geben. Auch wenn die oben erwähnten Beschlüsse der US-Administration unter Trump als palästinafeindlich bewertet werden, wird der neue Präsident Joe Biden folgende Entscheidungen nicht korrigieren oder infrage stellen:

Die **Anerkennung Jerusalem als Hauptstadt Israels** wird bestehen bleiben.

Die **amerikanische Botschaft** wird nicht wieder nach Tel Aviv zurück verlegt.

Die israelische Souveränität über die syrischen **Golanhöhen** wird bestehen bleiben.

Der neue US-Präsident Joe Biden wird aber die Palästinensische Autonomiebehörde als Gesprächspartner gewinnen wollen, um einigermaßen eine akzeptable Korrektur vornehmen zu können. Um das zu erreichen könnte er folgende Angebote machen:

Das **PLO-Büro in Washington** wird wieder eröffnet.

Das **USA-Konsulat in Jerusalem** oder Ramallah wieder eröffnet.

Finanzielle Unterstützung an die Palästinensische Autonomie (PA) gewährt.

Die USA beteiligen sich an **Humanitären Hilfen** für die PalästinenserInnen.

Die **Mitfinanzierung der UNRWA** wird wieder aufgenommen.

Die demokratisch geführte US-Regierung wird schärfer den Bau von jüdischen Kolonien im besetzten Palästina kritisieren. Alleine aus diesem Grund erhöht Netanjahu jetzt schon die Bautätigkeit um auch für Biden vollendete Tatsachen zu stellen. Eine de facto Beendigung des Siedlungsbaus oder Beendigung der Besatzung wird also nicht geben.

Aus den oben erwähnten Gründen wird Biden unmöglich auch den gesamten Trump-Plan ablehnen. Er wird jedoch Teile davon korrigieren, weil er eine Zustimmung der Palästinensischen Autonomie erwartet. Welche Angebote Biden unterbreiten wird, hängt wiederum von der Haltung der israelischen Regierung ab.

Biden wird anders als Trump den Verpflichtungen zum Völkerrecht und dem Menschenrecht eher nachkommen und Missachtungen oder Verletzungen stets ahnden und möglicherweise mit drastischen Maßnahmen sanktionieren. Diese möglichen Schritte würden eher dem großen amerikanischen Wirtschaftsfreund Saudi Arabien treffen. Insofern wird das Königreich in Saudi Arabien auf Einhaltung der Meinungsfreiheit und der Menschenrechte genauer kontrolliert. Die von Trump initiierten Annäherungen der Golfstaaten an Israel, die eigentlich den Aufbau einer Allianz gegen den Iran einleiten sollten, könnten bestehen bleiben, da dieses Vorhaben in den USA positiv aufgenommen wurde.

Die einst von den USA geförderten Friedensprozesse sind zurzeit auf Eis gestellt, da Israel sich nicht daran hält und die PA weitere Verhandlungen strikt ablehnt. Eine erneute Aufnahme von ähnlichen Verhandlungen unter der Federführung der USA dürfte so gut wie ausgeschlossen sein. Durch die starke Unterstützung aller israelischen Wünsche und die Vernachlässigung aller palästinensischen Rechte haben sich die USA als neutraler Verhandlungspartner gänzlich heraus katapultiert.

Sicher ist, dass die PA und die PalästinenserInnen keinerlei politische Unterstützung von den arabischen Staaten, die entweder am Boden liegen oder sich dem amerikanischen Druck beugen, erhalten. Neue Entwicklungen dürften die bevorstehenden Wahlen im besetzten Palästina und Gaza sowie mögliche Neuwahlen in Israel aufzeigen.